



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und Rechtsfragen / Vergabe /  
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 22.03.2022

## **Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 24.01.2022, 17:00 Uhr bis 18:13 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### **INFEKTIONSSCHUTZ:**

Bitte beachten Sie die aktuellen „Hinweise Infektionsschutz“ und melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Ulrich Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

#### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Mario Michalak	GRÜNE
---------------------	-------

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag von SPD

Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag von CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Sascha Kaldewey	Auf Vorschlag von FDP
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Auf Vorschlag des Integrationsrates
------------------------------------	-------------------------------------

### **Gäste**

Herr Leo Gwiasda

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU

### **Beratende Mitglieder**

Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag von Grünen
Frau Hevi Kutlay	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag von CDU
Frau Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag von Linken
Frau Karin Preugschat	Auf Vorschlag von GUT
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Elisa Braune	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Deborah Timm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Nach der Eröffnung der Sitzung des AVR und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden trägt er die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

**Aktuelle Stunde** Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Bearbeitungsstau bei den Bürgerämtern auflösen" AN/0150/2022

**3.7** 0257/2022  
Beantwortung einer mündl. Anfrage: Gebetsruf an Kölner Moscheen zum Freitagsgebet

**4.4** 0148/2022  
Sachstandsbericht Prüfung der Anwendung der Sponsoring-Richtlinie bei der Stadt Köln

**6.2.1** AN/0148/2022  
Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose"  
0250/2022  
Beantwortung der Anfrage betreffend „Bußgeldbescheide gegen Obdachlose“

**8.1** AN/0197/2022  
Bewerbung Förderbaustein 3 - Kommunales Integrationsmanagement NRW (KIM)

**10.9** 3926/2021  
Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im nichtöffentlichen Teil vor:

**17.1** 3789/2021  
Anmietung eines Bürogebäudes in der Leonhard-Tietz-Straße 1, 50676 Köln  
Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es seitens der Fraktionen weitere Wünsche bezüglich Zusetzungen und Absetzungen gebe.

MdR Tokyürek bittet darum, den Tagesordnungspunkt 10.8 und 17.1 ohne Votum in den weiteren Beratungslauf zu geben.

MdR Krupp teilt mit, dass Herr Salman ebenfalls entschuldigt sei; zudem erkundigt er sich nach der Begründung der Dringlichkeit für den Tagesordnungspunkt 8.1, der am heutigen Sitzungstag erst um 14 Uhr eingestellt worden sei.

MdR Richter antwortet diesbezüglich, dass der Abruf von Modul 3 möglichst frühzeitig auf den Weg gebracht werden solle.

Der Dringlichkeit von Tagesordnungspunkt 8.1 wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über die so festgelegte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einstimmig einverstanden

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Bearbeitungsstau bei den Bürgerämtern auflösen" AN/0150/2022  
AN/0150/2022

## **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1.1 Beantwortung einer Anfrage: Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020  
0041/2022

## **2 Internationales**

- 2.1 Tätigkeitsbericht 2021 Büro für Europa und Internationales  
3610/2021

## **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Evaluierungsbericht des Sachstandsberichtes der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan  
3174/2021
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen"  
3564/2021
- 3.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zugekommenen Gewaltbereitschaft im Quartier Latäng  
3827/2021
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Maskenpflicht in der Innenstadt"  
4357/2021
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage (AN/2473/2021) betreffend "Handeln der Verwaltung im Hinblick auf die StVO Novelle"  
4261/2021
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage (AN/2200/2021) betreffend "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugesezt?"  
3863/2021
- 3.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage: Gebetsruf an Kölner Moscheen zum Freitagsgebet  
0257/2022

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Inklusionsbericht 2020  
3359/2021

- 4.2 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln  
4367/2021
- 4.3 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation  
Corboud, Stand: 21. Dezember 2021  
0012/2022
- 4.4 Sachstandsbericht Prüfung der Anwendung der Sponsoring-Richtlinie bei der  
Stadt Köln  
0148/2022

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

- 6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 6.2 Neue Anfragen
  - 6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose"  
AN/0148/2022  
  
Beantwortung einer Anfrage betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose"  
(AN/0148/2022)  
0250/2022

## **7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus"
- 7.2 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Brandschutzbedarfspläne"
- 7.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Nachweise für eine Coronainfektion"
- 7.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Razzia in Kölner Shisha-Bars"

## **8 Anträge**

- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt  
Fraktion betreffend "Bewerbung Förderbaustein 3 - Kommunales Integrationsmanagement NRW (KIM)"  
AN/0197/2022

**9 Platzvergaben**

**10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zu Sachverständigen für seniorenpolitische Fragen in den Bezirksvertretungen  
3260/2021
- 10.2 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung eines Datenerfassungssystems im Kölner Rettungsdienst und Abschluss eines Fünf-Jahres Rahmenliefervertrages  
3346/2021
- 10.3 Externe Unterstützung für den Aufbau eines Innovationsbüros  
3616/2021
- 10.4 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2022  
3815/2021
- 10.5 Abbruch Bezirksrathaus Rodenkirchen, Hauptstraße 85, 50996 Köln  
3890/2021
- 10.6 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln  
4354/2021
- 10.7 Verfassungsbeschwerde GFG  
4168/2021
- 10.8 Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln  
3095/2021
- 10.9 Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums  
3926/2021

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## I. Öffentlicher Teil

### **Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Bearbeitungsstau bei den Bürgerämtern auflösen"**

**AN/0150/2022**

**AN/0150/2022**

MdR Görzel teilt mit, dass er es bedauere, dass sich bei den Beschwerden über die Leistung der Bürgerdienste, um einen „Dauerbrenner“ handeln würde. Im Sommer 2020 seien massive Bearbeitungsstaus bei der KFZ Zulassungsstelle entstanden. Im Sommer 2021 stellte sich heraus, dass es für die Bürger äußerst schwer gewesen sei, einen Termin für die Verlängerung des Personalausweises zu bekommen.

Im vergangenen Herbst folgten dann die Schwierigkeiten im Ausländeramt. Auch hier hätten nicht fristgerecht die nötigen Formulare und Bescheide zur Verfügung gestellt werden können. In der letzten Sitzung seien Dringlichkeitsanträge angebracht worden, um diesem Problem entgegen zu wirken.

Es sei seitens der Verwaltung vermittelt worden, dass die Lage unter Kontrolle sei. In der vergangenen Woche sei in einem Pressebericht nachzulesen gewesen, dass der Optimismus, der im November geäußert worden ist, überzogen gewesen sei.

Es bestünde die Bitte, keine weiteren Ausflüchte zu äußern wie zum Beispiel, dass es bei der KFZ Stelle aufgrund von nicht durchführbaren Überstunden oder Samstagsdienste zu Verzögerungen gekommen sei. Zudem sei als Grund genannt worden, dass nach Corona alle gleichzeitig hätten ihre neuen Autos anmelden wollen ebenso hätten alle gleichzeitig verreisen wollen und dadurch sei der Ansturm so enorm gewesen. Zudem habe die richtige Software zur terminvergabe gefehlt und die Mitarbeiter hätten durch das Homeoffice und die fehlenden Räumlichkeiten nicht richtig arbeiten können. Die Aktuelle Stunde solle genutzt werden, um der Verwaltung den Auftrag zu geben nochmal alle Hebel in Bewegung zu setzen diese Missstände abzubauen. Seitens der FDP habe es in der letzten Sitzung Vorschläge gegeben, die bedauerlicherweise abgelehnt worden seien.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass Die Situation noch nicht zufriedenstellen sei. Dennoch werde weiterhin Optimismus vorbereitet, da dieses Optimismus sehr begründet sei. Es bestehe insbesondere in den ersten Januar Wochen wieder ein hoher Termindruck auf die besagten Ämter. Es werde eine Entlastung sein, wenn die Räumlichkeiten sich verbessern und zusätzliches Personal einsetzt werden könne. In den Kundenzentren sei es nicht möglich im Homeoffice zu arbeiten.

Zudem kommen zusätzliche gesetzliche Aufgaben wie der Führerscheinpflichtumtausch. Hier sei mittlerweile die Frist verlängert worden. Eine weitere Änderung gab es bei der pflichtigen Abgabe von Fingerabdrucken im Personalausweis und die Verkürzung der Gültigkeitsdauer von Reisepässen.

Die Terminvergabe in der Zulassungsstelle habe sich bereits reguliert. Es gebe die Kurzanliegen-Schalter, die neu eingerichtet worden seien. Hier müssten keine Termine mehr gemacht werden. Darüber könnten 25 Prozent der gesamten Fallzahlen (3750 Anliegen pro Woche) abgearbeitet werden, wie zum Beispiel die Abholung fertiger Ausweisdokumente, der Auszug aus dem Gewerbezentralregister für natürliche Personen, die Beglaubigung, der Erwerb von Feinstaubplaketten, die Beantragung von Führungszeugnissen, die Erteilung einer Melderegisterauskunft, Lebens- und

Haushaltsbescheinigungen, Beantragung der Onlinefunktion des Personalausweises, die Ausstellung von einem Untersuchungsberechtigungsschein. Eine weitere Sofortmaßnahme sei der Springer\*innen-Pool, es seien 9 zusätzliche Stellen eingesetzt. Diese seien bis Ende 2022 befristet, solle aber zukünftig fest etabliert werden. Zudem seien Ende Juni des letzten Jahres, temporäre Pass- und Meldestellen eingerichtet worden, dadurch hätten zusätzlich 1000 Termine pro Woche mehr abgearbeitet werden konnten. Seit November können Termine online oder telefonisch über die neue Software für Terminvereinbarung genutzt werden. Jeden Tag können für die folgenden 60 Tage Termine gebucht werden. Bei anderen Städten/Kommunen seien 1-2 Tage im Vorlauf Buchungen möglich. Zusätzlich werden weitere Termine für kurzfristige Anliegen beziehungsweise Not- und Härtefälle bereitgestellt. Abgesagte Termine werden sofort wieder buchbar. Heute am 24.01.2022 um 8:30 Uhr stehen in 6 Kundenzentren, sowie in der temporären Ausweis- und Meldestelle, 77 Termine zur Verfügung. Für die drei anderen Kundenzentren gebe es Termine innerhalb der nächsten 60 Tage. Demnach sei es möglich einen freien Termin zu bekommen. Es werden mehr Termine angeboten als Personal da sei, um ein Nichterscheinen von Kunden zu kompensieren. Es werde 36 Stunden vor einem Termin Mails versendet in denen eine Stornierung des Termins möglich ist. Die Ausfallquote liegt bei 10-15 Prozent. Personal wirtschaftlich werde eine temporäre Arbeitszeit im Überhang möglich gemacht werden. Zudem solle eine Öffnung, an zwei Tagen, für Laufkundschaft geschaffen werden. Dies wurde aufgrund der Omikronvariante erstmal wieder zurückgestellt. Der Stellenplan sehe 24,5 Stellen vor für neuen Mitarbeiter\*innen, die auf die Standorte verteilt werden sollen. Die Besetzung könne sich bis Mitte des Jahres hinziehen, aufgrund des momentanen Fachkräftemangels in Deutschland.

MdR Richter teilt mit, dass aufgrund der vielen Maßnahmen die auch beim letzten Mal schon vorgestellt worden seien zu schließen sei, dass sich etwas bewege um den Problem entgegenzutreten. Er bedaure, dass aufgrund einer Pressemeldung eine Eskalation der Diskussion entstehe und dabei den Erfolg der Mitarbeiter\*innen während der Pandemie in den Hintergrund rücken lässt. Alle Beteiligten würden diesen Missstand sehen und seien damit nicht zufrieden. Es werde sichtlich an der Sache gearbeitet und Entgegenwirkende Maßnahmen werden eingestellt. Die Pandemiebedingungen erschweren das Vorgehen durch beispielsweise eine Arbeitsschutzverordnung der Mitarbeitenden. Es bestehe die Bitte, die Bemühungen zu sehen und für die Arbeit die gemacht werde, Wertschätzung zu zeigen. Ein Abschwächen der Pandemiemaßnahmen werde sich zusätzlich positiv auf die Arbeitsprozesse auswirken. Zudem sei Es Sinnvoll die Möglichkeit der Notfallbearbeitung nochmal mehr für die Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen.

MdR Spehl teilt mit, dass die Detailmaßnahmen die die Verwaltung aufgeführt habe zeigen würden, dass sich etwas in eine gute Richtung bewege. Optimismus sei an dieser Stelle angebracht. Es lägen immerhin zwei Jahre Pandemie hinter uns und das bei gleichbleibenden Bedarfen. Daher sei es beachtlich, dass immer noch in diesem Pensum gearbeitet werden könne. Eine Problematik sei der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt. Hier lege die Verantwortlichkeit nicht in der Verwaltung.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass es richtig sei, dass das Thema erneut in die Besprechungsrunde gehe. Denn in der Bevölkerung führe das Problem zu großen Unmut. Auf die Höhe der Beschwerden müsse eingegangen werden. Die Maßnahmen seien bislang nicht bemerkbar. Eine dringende Forderung sei, neue Stellen zuzusetzen. Dies sei in der Stellenplankonferenz am 21.09.2021 thematisiert worden. Die Rückmeldung, dass es in dem Bereich der Bürgerdienste eine unterdurchschnittliche Vakanz von 5,5 Prozent gebe, die zunächst voll zu machen, sei keine Lösung. Es solle

berücksichtigt werden, dass es eine Fluktuation und eine temporäre Vakanz immer geben könne. Wenn mit einer unterdurchschnittlichen Vakanzquote nicht ausreichend besetzt werden könne, dann seien Stellen hinzuzufügen. Im Ausländeramt sei dies etwas anderes, da eine Vakanzquote mit 10 Prozent deutlich höher sei. Dennoch solle geprüft werden, ob nicht auch hier Stellenzusetzungen etwas bewirken könne.

MdR Tokyürek teilt mit, dass eine Diskussion über das Thema ebenfalls für wichtig sei, auch aus dem Grund, dass die Presse darüber berichte. Bei der Pass- und Meldestelle in der Dillenerstraße sei kurzfristig auf die Problematik reagiert worden und dies habe gut geklappt. Es müsse besonders auf die Ausländerbehörde geschaut werden. 10 Prozent Vakanz sei ziemlich hoch und müsse verbessert werden. Es seien vielerorts Rückmeldungen eingetroffen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht auf Schreiben reagieren würden. Aus dem Grund werde gewünscht die Möglichkeit zu schaffen, einen persönlichen Kontakt herzustellen. Derzeit sei dies mit dem Hintergrund der Omikronvariante schwierig, solle aber im Hinterkopf behalten werden und gegebenenfalls eine andere Lösung für die persönlichere Vorsprache geschaffen werden. Sie erkundigt sich, ob der Gedanke der Laufkundschaft auch für die Ausländerbehörde gelte.

Herr Spröde teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung bei einer Ummeldung die Frist nicht hätte einhalten können, da es nicht ausreichend Termine gegeben habe. Er habe im Meldeamt ausgesprochen freundlich Mitarbeitende erlebt, die sehr serviceorientiert gewesen seien. Er habe sich erkundigt, ob die Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitgeber der Stadt Köln zufrieden seien, woraufhin die Antwort gegeben worden sei, dass dies im Grunde der Fall sei dennoch würde die Mitarbeitenden den Arbeitgeber nicht weiterempfehlen. Es könne nicht zwei Jahre auf die Pandemie verwiesen werden, ohne die Struktur für Mitarbeitende der Stadt Köln zu verändern.

Frau Golan teilt mit, dass der Integrationsrat sich ebenfalls mit der Problematik befasse. Die Frau Stadtdirektorin habe in der letzten Sitzung die Situation vorgestellt. Es herrsche Zuversicht, dass es Verbesserung geben werde. Das Problematische sei, dass es sich im Ausländeramt um Existenzen handele. Es müsse Personalzusetzungen geben. Die Mitarbeiter\*innen bekämen täglich 300 bis 500 Mails, dies würde eine Überforderung mit sich bringen. Zudem habe es Rückmeldungen gegeben, dass es nicht gerecht empfunden werde, dass derselbe Lohn wie bei andere Behörden erhalten werde, obwohl sie ihre Arbeit als besonders Anspruchsvoll darlegen. Die Ausländer die ins Amt kommen, benötigen einen Übersetzer. Zudem können viele die Schriftstücke die sie bekommen nicht verstehen. Ein Vorschlag sei, mehr Übersetzer einzustellen und die Mitarbeiter\*innen im Ausländeramt gut zu Schulen.

Der GPR Herr Dicken teilt mit, dass die Beschäftigten der Stadt Köln seit zwei Jahren der Pandemie täglich ihren Dienst machen und zwar im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Beispielsweise die Mitarbeitende der Kindergärten oder die Ordnungskräfte oder die Kolleg\*innen in Bürgerdiensten und im Ausländeramt. Es sei wichtig dies seitens der Politik anzuerkennen und auch zu loben. Die Beschäftigten der Stadt Köln, die seit zwei Jahren diesen schwierigen Dienst in heiklen Zeiten weiter durchführen. In der Presse werde häufig negative Artikel aufgeführt, wobei es wünschenswert sei dort auch mal etwas Positives lesen zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich für die guten Beiträge und gibt somit das Thema zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung und erklärt die aktuelle Stunde als beendet.

MdR Görzel bedauert es, dass es sich bei den Beschwerden über die Leistung der Bürgerdienste um einen „Dauerbrenner“ handeln würde. Im Sommer 2020 seien massive Bearbeitungsstaus bei der KFZ Zulassungsstelle entstanden. Im Sommer 2021

stellte sich heraus, dass es für die Bürger äußerst schwer gewesen sei, einen Termin für die Verlängerung des Personalausweises zu bekommen.

Im vergangenen Herbst folgten dann Schwierigkeiten im Ausländeramt. Auch hier hätten nicht fristgerecht die nötigen Formulare und Bescheide zur Verfügung gestellt werden können. In der letzten Sitzung seien Dringlichkeitsanträge angebracht worden, um diesem Problem entgegen zu wirken.

Es sei seitens der Verwaltung vermittelt worden, dass die Lage unter Kontrolle sei. In der vergangenen Woche sei in einem Pressebericht nachzulesen gewesen, dass der Optimismus, der im November geäußert worden ist, überzogen gewesen sei.

Es bestünde die Bitte, keine weiteren Ausflüchte zu äußern wie zum Beispiel, dass es bei der KFZ Stelle aufgrund von nicht durchführbaren Überstunden oder Samstagsdiensten zu Verzögerungen gekommen sei. Zudem sei als Grund genannt worden, dass nach Corona alle gleichzeitig hätten ihre neuen Autos anmelden wollen, ebenso hätten alle gleichzeitig verreisen wollen und dadurch sei der Ansturm so enorm gewesen. Zudem habe die richtige Software zur Terminvergabe gefehlt und die Mitarbeiter hätten durch Homeoffice und die fehlenden Räumlichkeiten nicht richtig arbeiten können. Die Aktuelle Stunde solle genutzt werden, um der Verwaltung den Auftrag zu geben, nochmal alle Hebel in Bewegung zu setzen, diese Missstände abzubauen. Seitens der FDP habe es in der letzten Sitzung Vorschläge gegeben, die bedauerlicherweise abgelehnt worden seien.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass die Situation noch nicht zufriedenstellend sei. Dennoch werde weiterhin begründeter Optimismus verbreitet. Es bestehe insbesondere in den ersten Januar-Wochen wieder ein hoher Termindruck bei den besagten Ämtern. Es werde eine Entlastung sein, wenn sich die Räumlichkeiten verbessern und zusätzliches Personal eingesetzt werden könne. In den Kundenzentren sei es nicht möglich, im Homeoffice zu arbeiten.

Zudem kommen zusätzliche gesetzliche Aufgaben wie der Führerscheinpflichtumtausch. Hier sei mittlerweile die Frist verlängert worden. Eine weitere Änderung habe es bei der pflichtigen Abgabe von Fingerabdrucken im Personalausweis und die Verkürzung der Gültigkeitsdauer von Reisepässen gegeben.

Die Terminvergabe in der Zulassungsstelle habe sich bereits reguliert. Es gebe die neu eingerichteten Kurzanliegen-Schalter, bei welchen keine Termine erforderlich seien. Darüber hinaus könnten 25 Prozent der gesamten Fallzahlen (3.750 Anliegen pro Woche) abgearbeitet werden, wie zum Beispiel die Abholung fertiger Ausweisdokumente, der Auszug aus dem Gewerbezentralregister für natürliche Personen, die Beglaubigung, der Erwerb von Feinstaubplaketten, die Beantragung von Führungszeugnissen, die Erteilung einer Melderegisterauskunft, Lebens- und Haushaltsbescheinigungen, Beantragung der Onlinefunktion des Personalausweises, die Ausstellung von einem Untersuchungsberechtigungsschein. Eine weitere Sofortmaßnahme sei der Springer\*innen-Pool, es seien 9 zusätzliche Stellen eingesetzt. Diese seien bis Ende 2022 befristet, sollen aber zukünftig fest etabliert werden. Zudem seien Ende Juni des letzten Jahres temporäre Pass- und Meldestellen eingerichtet worden, dadurch hätten zusätzlich 1.000 Termine pro Woche mehr abgearbeitet werden konnten. Seit November können Termine online oder telefonisch über die neue Software für Terminvereinbarung genutzt werden. Jeden Tag können für die folgenden 60 Tage Termine gebucht werden. Bei anderen Städten/Kommunen seien 1-2 Tage im Vorlauf Buchungen möglich. Zusätzlich werden weitere Termine für kurzfristige Anliegen beziehungsweise Not- und Härtefälle bereitgestellt. Abgesagte Termine werden sofort wieder buchbar. Heute (am 24.01.2022) um 8:30 Uhr stehen in 6 Kundenzentren sowie in

der temporären Ausweis- und Meldestelle 77 Termine zur Verfügung. Für die drei anderen Kundenzentren gebe es Termine innerhalb der nächsten 60 Tage. Demnach sei es möglich, einen freien Termin zu bekommen. Es werden mehr Termine angeboten als Personal da sei, um ein Nichterscheinen von Kunden zu kompensieren. Es werde 36 Stunden vor einem Termin E-Mails versandt, in denen eine Stornierung des Termins möglich ist. Die Ausfallquote liegt bei 10-15 Prozent. Personal wirtschaftlich werde eine temporäre Arbeitszeit im Überhang möglich gemacht werden. Zudem solle eine Öffnung an zwei Tagen für Laufkundschaft geschaffen werden. Dies wurde aufgrund der Omikronvariante erstmal wieder zurückgestellt. Der Stellenplan sehe 24,5 Stellen für neue Mitarbeiter\*innen vor, die auf die Standorte verteilt werden sollen. Die Besetzung könne sich bis Mitte des Jahres hinziehen, aufgrund des momentanen Fachkräftemangels in Deutschland.

MdR Richter teilt mit, dass aufgrund der vielen Maßnahmen, die auch beim letzten Mal schon vorgestellt worden seien, geschlossen werden könne, dass sich etwas bewege, um den Problem entgegenzutreten. Er bedaure, dass aufgrund einer Pressemeldung eine Eskalation der Diskussion entstehe und dabei den Erfolg der Mitarbeiter\*innen während der Pandemie in den Hintergrund rücken lässt. Alle Beteiligten würden diesen Missstand sehen und seien damit nicht zufrieden. Es werde ersichtlich an der Sache gearbeitet und entgegenwirkende Maßnahmen werden eingestellt. Die Pandemiebedingungen erschweren das Vorgehen durch beispielsweise eine Arbeitsschutzverordnung der Mitarbeitenden. Es bestehe die Bitte, die Bemühungen zu sehen und für die Arbeit, die gemacht werde, Wertschätzung zu zeigen. Ein Abschwächen der Pandemiemaßnahmen werde sich zusätzlich positiv auf die Arbeitsprozesse auswirken. Zudem sei es sinnvoll, die Möglichkeit der Notfallbearbeitung für die Bürgerinnen und Bürgern transparenter zu machen.

MdR Spehl teilt mit, dass die Detailmaßnahmen, die die Verwaltung aufgeführt habe, zeigen würden, dass sich etwas in eine gute Richtung bewege. Optimismus sei an dieser Stelle angebracht. Es lägen immerhin zwei Jahre Pandemie hinter uns und das bei gleichbleibenden Bedarfen. Daher sei es beachtlich, dass immer noch in diesem Pensum gearbeitet werden könne. Eine Problematik sei der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt. Hier liege die Verantwortlichkeit nicht in der Verwaltung.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass es richtig sei, dass das Thema erneut in die Besprechungsrunde gehe. Denn in der Bevölkerung führe das Problem zu großem Unmut. Auf die Anzahl der Beschwerden müsse eingegangen werden. Die Maßnahmen seien bislang nicht bemerkbar. Eine dringende Forderung sei, neue Stellen zuzusetzen. Dies sei in der Stellenplankonferenz am 21.09.2021 thematisiert worden. Die Rückmeldung, dass es in dem Bereich der Bürgerdienste eine unterdurchschnittliche Vakanz von 5,5 Prozent gebe, welche zunächst zu besetzen sei, sei keine Lösung. Es solle berücksichtigt werden, dass es eine Fluktuation und eine temporäre Vakanz immer geben könne. Wenn mit einer unterdurchschnittlichen Vakanzquote nicht ausreichend besetzt werden könne, dann seien Stellen hinzuzufügen. Im Ausländeramt sei dies etwas anderes, da eine Vakanzquote mit 10 Prozent deutlich höher sei. Dennoch solle geprüft werden, ob nicht auch hier Stellenzusetzungen etwas bewirken könne.

MdR Tokyürek teilt mit, dass eine Diskussion über das Thema ebenfalls für wichtig erachtet werde, da insbesondere auch die Presse darüber berichte. Bei der Pass- und Meldestelle in der Dillenburgstraße sei kurzfristig auf die Problematik reagiert worden, und dies habe gut geklappt. Es müsse besonders auf die Ausländerbehörde geschaut werden. 10 Prozent Vakanz sei ziemlich hoch und müsse verbessert werden. Es seien vielerorts Rückmeldungen eingetroffen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht auf Schreiben reagieren würden. Aus dem Grund werde gewünscht die Möglichkeit zu

schaffen, einen persönlichen Kontakt herzustellen. Derzeit sei dies mit dem Hintergrund der Omikronvariante schwierig, solle aber im Hinterkopf behalten werden und gegebenenfalls eine andere Lösung für die persönlichere Vorsprache geschaffen werden. Sie erkundigt sich, ob der Gedanke der Laufkundschaft auch für die Ausländerbehörde gelte.

Herr Spröde teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung bei einer Ummeldung die Frist nicht hätte einhalten können, da es nicht ausreichend Termine gegeben habe. Er habe im Meldeamt ausgesprochen freundliche Mitarbeitende erlebt, die sehr serviceorientiert gewesen seien. Auf seine Nachfrage, ob die Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitgeber der Stadt Köln zufrieden seien, sei ihm geantwortet worden, dass dies im Grunde der Fall sei, dennoch würden die Mitarbeitenden den Arbeitgeber nicht weiterempfehlen. Es könne nicht zwei Jahre auf die Pandemie verwiesen werden, ohne die Struktur für Mitarbeitende der Stadt Köln zu verändern.

Frau Klimaszewska-Golan teilt mit, dass sich der Integrationsrat ebenfalls mit der Problematik befasse. Frau Stadtdirektorin Blome habe in der letzten Sitzung die Situation vorgestellt. Es herrsche Zuversicht, dass es Verbesserung geben werde. Das Problematische sei, dass es sich im Ausländeramt um Existenzen handele. Es müsse Personalzusetzungen geben. Die Mitarbeiter\*innen bekämen täglich 300 bis 500 Mails, dies würde eine Überforderung mit sich bringen. Zudem habe es Rückmeldungen gegeben, dass es als nicht gerecht empfunden werde, dass derselbe Lohn wie bei anderen Behörden gezahlt werde, obwohl sie ihre Arbeit als besonders anspruchsvoll ansehen. Die Ausländer, die ins Amt kommen, benötigen einen Übersetzer. Zudem können viele die Schriftstücke, die sie bekommen, nicht verstehen. Ein Vorschlag sei, mehr Übersetzer einzustellen und die Mitarbeiter\*innen im Ausländeramt gut zu schulen.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Herr Dicken teilt mit, dass die Beschäftigten der Stadt Köln seit zwei Jahren der Pandemie täglich ihren Dienst machen und zwar im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern (beispielsweise die Mitarbeitenden der Kindergärten, die Ordnungskräfte oder die Kolleg\*innen in Bürgerdiensten und im Ausländeramt). Es sei wichtig, dies seitens der Politik anzuerkennen und auch zu loben, damit die Beschäftigten der Stadt Köln, die seit zwei Jahren diesen schwierigen Dienst in heiklen Zeiten ausüben, weiter durchführen. In der Presse werde häufig negative Artikel aufgeführt, wobei es wünschenswert sei, dort auch mal etwas Positives lesen zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich für die guten Beiträge und gibt somit das Thema zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung und erklärt die aktuelle Stunde für beendet.

MdR Görzel bedauert es, dass es sich bei den Beschwerden über die Leistung der Bürgerdienste um einen „Dauerbrenner“ handeln würde. Im Sommer 2020 seien massive Bearbeitungsstaus bei der KFZ Zulassungsstelle entstanden. Im Sommer 2021 stellte sich heraus, dass es für die Bürger äußerst schwer gewesen sei, einen Termin für die Verlängerung des Personalausweises zu bekommen.

Im vergangenen Herbst folgten dann Schwierigkeiten im Ausländeramt. Auch hier hätten nicht fristgerecht die nötigen Formulare und Bescheide zur Verfügung gestellt werden können. In der letzten Sitzung seien Dringlichkeitsanträge angebracht worden, um diesem Problem entgegen zu wirken.

Es sei seitens der Verwaltung vermittelt worden, dass die Lage unter Kontrolle sei. In der vergangenen Woche sei in einem Pressebericht nachzulesen gewesen, dass der Optimismus, der im November geäußert worden ist, überzogen gewesen sei.

Es bestünde die Bitte, keine weiteren Ausflüchte zu äußern, wie zum Beispiel, dass es bei der KFZ Stelle aufgrund von nicht durchführbaren Überstunden oder Samstagsdiensten zu Verzögerungen gekommen sei. Zudem sei als Grund genannt worden, dass nach Corona alle gleichzeitig hätten ihre neuen Autos anmelden wollen, ebenso hätten alle gleichzeitig verreisen wollen und dadurch sei der Ansturm so enorm gewesen. Zudem habe die richtige Software zur Terminvergabe gefehlt und die Mitarbeiter hätten durch Homeoffice und die fehlenden Räumlichkeiten nicht richtig arbeiten können. Die Aktuelle Stunde solle genutzt werden, um der Verwaltung den Auftrag zu geben, nochmal alle Hebel in Bewegung zu setzen, diese Missstände abzubauen. Seitens der FDP habe es in der letzten Sitzung Vorschläge gegeben, die bedauerlicherweise abgelehnt worden seien.

Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass die Situation noch nicht zufriedenstellend sei. Dennoch werde weiterhin begründeter Optimismus verbreitet. Es bestehe insbesondere in den ersten Januar-Wochen wieder ein hoher Termindruck bei den besagten Ämtern. Es werde eine Entlastung sein, wenn sich die Räumlichkeiten verbessern und zusätzliches Personal eingesetzt werden könne. In den Kundenzentren sei es nicht möglich, im Homeoffice zu arbeiten.

Hierzu kommen zusätzliche gesetzliche Aufgaben wie der Führerscheinpflichtumtausch. Hier sei mittlerweile die Frist verlängert worden. Eine weitere Änderung habe es bei der pflichtigen Abgabe von Fingerabdrücken im Personalausweis und der Verkürzung der Gültigkeitsdauer von Reisepässen gegeben.

Die Terminvergabe in der Zulassungsstelle habe sich bereits reguliert. Bei den Kundenzentren gebe es die neu eingerichteten Kurzanliegen-Schalter, bei welchen keine Termine erforderlich seien. Hier könnten 25 Prozent der gesamten Fallzahlen (3.750 Anliegen pro Woche) abgearbeitet werden, wie zum Beispiel die Abholung fertiger Ausweisdokumente, der Auszug aus dem Gewerbezentralregister für natürliche Personen, die Beglaubigung, der Erwerb von Feinstaubplaketten, die Beantragung von Führungszeugnissen, die Erteilung einer Melderegisterauskunft, Lebens- und Haushaltsbescheinigungen, Beantragung der Onlinefunktion des Personalausweises, die Ausstellung von einem Untersuchungsberechtigungsschein. Eine weitere Sofortmaßnahme sei der Springer\*innen-Pool, es seien 9 zusätzliche Stellen eingesetzt. Diese seien bis Ende 2022 befristet, sollen aber zukünftig fest etabliert werden. Zudem sei Ende Juni des letzten Jahres eine temporäre Pass- und Meldestellen eingerichtet worden, dadurch hätten zusätzlich 1.000 Termine pro Woche mehr abgearbeitet werden konnten. Seit November können Termine online oder telefonisch über die neue Software für Terminvereinbarung gemacht werden. Jeden Tag können für die folgenden 60 Tage Termine gebucht werden. Bei anderen Städten/Kommunen seien lediglich 1-2 Tage im Vorlauf Buchungen möglich. Zusätzlich werden weitere Termine für kurzfristige Anliegen beziehungsweise Not- und Härtefälle bereitgestellt. Abgesagte Termine werden sofort wieder buchbar. Heute (am 24.01.2022) um 8:30 Uhr stehen in 6 Kundenzentren sowie in der temporären Ausweis- und Meldestelle 77 Termine zur Verfügung. Für die drei anderen Kundenzentren gebe es Termine innerhalb der nächsten 60 Tage. Demnach sei es möglich, einen freien Termin zu bekommen. Es werden mehr Termine angeboten als Personal da sei, um ein Nichterscheinen von Kunden zu kompensieren. Es werden 36 Stunden vor einem Termin Erinnerungs-E-Mails versandt, in denen eine Stornierung des Termins für den Fall der Verhinderung angeboten wird. Die Ausfallquote liegt bei 10-15 Prozent. Personalwirtschaftlich werde eine temporäre Arbeitszeit im Überhang möglich gemacht werden. Zudem solle eine Öffnung an zwei Tagen für Laufkundschaft geschaffen werden. Dies wurde aufgrund der Omikronvariante erstmal wieder zurückgestellt. Der Stellenplan sehe 24,5 Stellen

für neue Mitarbeiter\*innen vor, die auf die Standorte verteilt werden sollen. Die Besetzung könne sich bis Mitte des Jahres hinziehen, aufgrund des momentanen Fachkräftemangels in Deutschland.

MdR Richter teilt mit, dass aufgrund der vielen Maßnahmen, die auch beim letzten Mal schon vorgestellt worden seien, geschlussfolgert werden könne, dass sich etwas bewege, um den Problem entgegenzutreten. Er bedaure, dass aufgrund einer Pressemeldung eine Eskalation der Diskussion entstehe und dabei den Erfolg der Mitarbeiter\*innen während der Pandemie in den Hintergrund rücken lässt. Alle Beteiligten würden diesen Missstand sehen und seien damit nicht zufrieden. Es werde ersichtlich an der Sache gearbeitet und entgegenwirkende Maßnahmen werden eingeleitet. Die Pandemiebedingungen erschweren das Vorgehen beispielsweise durch eine Arbeitsschutzverordnung der Mitarbeitenden. Es bestehe die Bitte, die Bemühungen zu sehen und für die Arbeit, die gemacht werde, Wertschätzung zu zeigen. Ein Abschwächen der Pandemiemaßnahmen werde sich zusätzlich positiv auf die Arbeitsprozesse auswirken. Zudem sei es sinnvoll, die Möglichkeit der Notfallbearbeitung für die Bürgerinnen und Bürgern transparenter zu machen.

MdR Spehl teilt mit, dass die Detailmaßnahmen, die die Verwaltung aufgeführt habe, zeigen würden, dass sich etwas in eine gute Richtung bewege. Optimismus sei an dieser Stelle angebracht. Es lägen immerhin zwei Jahre Pandemie hinter uns und das bei gleichbleibenden Bedarfen. Daher sei es beachtlich, dass immer noch in diesem Pensum gearbeitet werden könne. Eine Problematik sei der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt. Hier liege die Verantwortlichkeit nicht in der Verwaltung.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass es richtig sei, dass das Thema erneut in die Besprechungsrunde gehe. Denn in der Bevölkerung führe das Problem zu großem Unmut. Auf die Anzahl der Beschwerden müsse eingegangen werden. Die Maßnahmen seien bislang nicht bemerkbar. Eine dringende Forderung sei, neue Stellen zuzusetzen. Dies sei am 21.09.2021 thematisiert worden. Die Rückmeldung, dass es in dem Bereich der Bürgerdienste eine unterdurchschnittliche Vakanz von 5,5 Prozent gebe, welche zunächst zu besetzen sei, sei keine Lösung. Es solle berücksichtigt werden, dass es eine Fluktuation und eine temporäre Vakanz immer geben könne. Wenn mit einer unterdurchschnittlichen Vakanzquote nicht ausreichend besetzt werden könne, dann seien Stellen hinzuzufügen. Im Ausländeramt sei dies etwas anderes, da eine Vakanzquote mit 10 Prozent deutlich höher sei. Dennoch solle geprüft werden, ob nicht auch hier Stellenzusetzungen etwas bewirken können.

MdR Tokyürek teilt mit, dass eine Diskussion über das Thema ebenfalls für wichtig erachtet werde, da insbesondere auch die Presse darüber berichte. Bei der Pass- und Meldestelle in der Dilllenburgerstraße sei kurzfristig auf die Problematik reagiert worden, und dies habe gut geklappt. Es müsse besonders auf die Ausländerbehörde geschaut werden. 10 Prozent Vakanz sei ziemlich hoch und müsse verbessert werden. Es seien vielerorts Rückmeldungen eingetroffen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht auf Schreiben reagieren würden. Aus dem Grund werde gewünscht die Möglichkeit zu schaffen, einen persönlichen Kontakt herzustellen. Derzeit sei dies mit dem Hintergrund der Omikronvariante schwierig, solle aber im Hinterkopf behalten werden und gegebenenfalls eine andere Lösung für die persönlichere Vorsprache geschaffen werden. Sie erkundigt sich, ob der Gedanke der Laufkundschaft auch für die Ausländerbehörde gelte.

Herr Spröde teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung bei einer Ummeldung die Frist nicht hätte einhalten können, da es nicht ausreichend Termine gegeben habe. Er habe im Meldeamt ausgesprochen freundliche Mitarbeitende erlebt, die sehr serviceori-

entiert gewesen seien. Auf seine Nachfrage, ob die Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitgeber der Stadt Köln zufrieden seien, sei ihm geantwortet worden, dass dies im Grunde der Fall sei, dennoch würden die Mitarbeitenden den Arbeitgeber nicht weiterempfehlen. Es könne nicht zwei Jahre auf die Pandemie verwiesen werden, ohne die Struktur für Mitarbeitende der Stadt Köln zu verändern.

Frau Klimaszewska-Golan teilt mit, dass sich der Integrationsrat ebenfalls mit der Problematik befasse. Frau Stadtdirektorin Blome habe in der letzten Sitzung die Situation vorgestellt. Es herrsche Zuversicht, dass es Verbesserung geben werde. Das Problematische sei, dass es sich im Ausländeramt um Existenzen handele. Es müsse Personalzusetzungen geben. Die Mitarbeiter\*innen bekämen täglich 300 bis 500 Mails, dies würde eine Überforderung mit sich bringen. Zudem habe es Rückmeldungen gegeben, dass es als nicht gerecht empfunden werde, dass derselbe Lohn wie bei anderen Behörden gezahlt werde, obwohl sie ihre Arbeit als besonders anspruchsvoll ansehen. Die Ausländer, die ins Amt kommen, benötigen einen Übersetzer. Zudem können viele die Schriftstücke, die sie bekommen, nicht verstehen. Ein Vorschlag sei, mehr Übersetzer einzustellen und die Mitarbeiter\*innen im Ausländeramt gut zu schulen.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Herr Dicken teilt mit, dass die Beschäftigten der Stadt Köln seit zwei Jahren der Pandemie täglich ihren Dienst machen und zwar im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern (beispielsweise die Mitarbeitenden der Kindergärten, die Ordnungskräfte oder die Kolleg\*innen in Bürgerdiensten und im Ausländeramt). Es sei wichtig, dies seitens der Politik anzuerkennen und auch zu loben, damit die Beschäftigten der Stadt Köln, die seit zwei Jahren diesen schwierigen Dienst in heiklen Zeiten ausüben. In der Presse werden häufig negative Artikel aufgeführt, wobei es wünschenswert sei, dort auch mal etwas Positives lesen zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich für die guten Beiträge und gibt somit das Thema zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung und erklärt die Aktuelle Stunde für beendet.

### **Beschluss:**

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs.10b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **1.1 Beantwortung einer Anfrage: Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020 0041/2022**

MdR Krupp bittet darum, über die Entwicklung des 3. Frauenhauses weiter informiert zu werden und die Vorlage in die Beratungsfolge des Gleichstellungsausschusses zu übergeben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **2 Internationales**

### **2.1 Tätigkeitsbericht 2021 Büro für Europa und Internationales 3610/2021**

MdR Richter erkundigt sich, wieviel in 2019 und 2020 an Fördermitteln aus Projekten der Europäischen Union gewonnen werden konnten.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Evaluierungsbericht des Sachstandsberichtes der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan 3174/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.2 Beantwortung einer Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen" 3564/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zunehmenden Gewaltbereitschaft im Quartier Latäng 3827/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Maskenpflicht in der Innenstadt" 4357/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3.5 Beantwortung einer Anfrage (AN/2473/2021) betreffend "Handeln der Verwaltung im Hinblick auf die StVO Novelle" 4261/2021**

MdR Richter erkundigt sich, ob es aufgrund der StVO Novelle bereits Änderungen bei der Durchführung des Verkehrsdienstes gebe. Er bittet um weitere Informationen dazu, wie konkret sich die Möglichkeiten bei der Bußgeldvergabe bei Parkverstößen geändert haben. Er bittet darum, vor der Sommerpause einen Erfahrungsbericht in den AVR zu bringen.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.6 Beantwortung einer Anfrage (AN/2200/2021) betreffend "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugewiesen?" 3863/2021**

MdR Pütz äußert die Bitte, die Vorlage in die Beratungsfolge der Bezirksvertretungen und dem Integrationsrat zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage: Gebetsruf an Kölner Moscheen zum Freitagsgebet 0257/2022**

MdR Cremer erkundigt sich, wann mit der Entscheidung zu rechnen sei, ob diesen zwei Anträgen zugestimmt werde.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4 Mitteilungen der Verwaltung**

**4.1 Inklusionsbericht 2020 3359/2021**

MdR Bauer-Dahm bedankt sich für die gute Ausführung des Inklusionsberichts und besonders die enthaltenen vielen Grafiken. Er lobt die Zielquote, die wieder vollumfänglich erfüllt worden sei. Er halte den Bericht insgesamt für sehr positiv, dennoch möge er die Dinge ansprechen, die ihm nicht so gut gefallen zum Beispiel seien Menschen mit höheren Bedarfen in Teilzeit und Ausbildung sehr stagnierend. Es gebe nur 10 Auszubildende, die eine neue Ausbildung begonnen hätten, davon seien nur 5 übernommen worden. Das seien zu wenig. Er erinnert an die Vorlage eines Konzepts zur Anhebung der Quote der Jugendlichen mit besonderen Bedarfen.

MdR Spehl bedankt sich ebenfalls für die Ausführung und gratuliert der Verwaltung für die gute Inklusionsarbeit. Das Azubi-Konzept werde ebenfalls gerne gesehen.

MdR Dr. Krupp erkundigt sich nach den Maßnahmen, die Auszubildendenquote bei Jugendlichen mit besonderen Bedarfen zu erhöhen. In den Bereichen „kaufmännische“, „technische“ und „handwerkliche Berufe“ seien Bewerbungen eingegangen, dennoch habe es keine Einstellungen gegeben. Er erkundigt sich, woran das gelegen habe.

Die Vertrauensperson der Gesamtschwerbehindertenvertretung Frau Holzauer antwortet, dass sich im Jahr 2020 172 Auszubildende mit einer Schwerbehinderung beworben hätten. 5,8 Prozent davon seien übernommen worden. In anderen Kommunen sei der Stand bei 4,6 Prozent, was aufzeige, dass die Stadt Köln einen Schritt voraus sei. Eine Problematik sei jedoch, dass eine Schwerbehinderung seltener angeboren sei und Schwerbehinderungen meistens im höheren Alter aufträten. Aus diesem

Grund sei die Differenz zu den jüngeren Personen so groß. Das Inklusionsprojekt zielle darauf ab, besonders Auszubildende in die Verwaltung und auch in die handwerklichen Betriebe zu bringen. 2019 sei ein Inklusionstag geplant gewesen, der aufgrund der Corona-Pandemie 2020 nicht hätte stattfinden können. Für 2022 sei wieder ein Inklusionstag geplant. Dabei sei es wichtig eine Bewusstseinsweiterung für das Thema in der Stadtverwaltung zu verbreiten.

Nach Ansicht von MdR Bauer-Dahm sei es wichtig, die Konzeption zu kommunizieren. Er könne sich die Mitarbeit der Menschen mit Schwerbehinderung bei den Grünanlagen in der Stadt gut vorstellen. Es sei wichtig, dass im Ausschuss kommuniziert werde, dass solche Überlegungen angegangen und geplant werden und somit die Menschen in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden, um so die Werkstätten zu entlasten.

Die Vertrauensperson der Gesamtschwerbehindertenvertretung Frau Holzhauer antwortet, dass das Ziel sei, die Menschen in den regulären Arbeitsmarkt zu bekommen und nicht immer nur in Inklusionsprojekte. Dafür sei es wichtig, die Menschen durch Jobcoachings begleiten zu lassen. Dies benötige noch etwas mehr Zeit.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.2 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln 4367/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 21. Dezember 2021 0012/2022**

Der Vorsitzende bittet um eine Mitteilung zu den roten Ampeln. Dabei stelle sich die Frage, warum die Ampeln rot geworden seien und was unternommen werde, damit die Ampeln wieder grün werden würden.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfrage im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.4 Sachstandsbericht Prüfung der Anwendung der Sponsoring-Richtlinie bei der Stadt Köln 0148/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

### **6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

### **6.2 Neue Anfragen**

#### **6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose" AN/0148/2022**

Die Anfrage wird zurückgestellt.

#### **Beantwortung einer Anfrage betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose" (AN/0148/2022) 0250/2022**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus"**

Vorletztes Wochenende wurden zuletzt die Regelungen zum Impfstatus aktualisiert, was auch Einfluss auf die Nutzungserlaubnis der KVB hat. Dies geschah relativ kurzfristig. Insbesondere mit „Johnson&Johnson“ geimpfte Personen galten plötzlich als nicht mehr geboostert, da sie eben i.d.R. keine Erst- und Zweitimpfung aufweisen, sondern der Booster erst wie die Zweitimpfung gewertet wird.

Betroffen sind hiervon oftmals gerade die Gruppen der Gesellschaft, denen man mit der Immunisierung mit lediglich einer Impfung im letzten Sommer besonders entgegenkommen wollte, da es nur eines Termins zur Grundimmunisierung bedurfte. Hierzu zählen Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, aber auch Geflüchtete. Hierbei handele es sich allesamt um Menschen mit eher schlechtem Zugang zu den Inhalten aktueller Medien oder den aktuellen Medien selbst.

Mindestens eine Person mit geistiger Behinderung im betreuten Wohnen ist auf dem Weg zur Werkstatt für Menschen mit Behinderung in der vergangenen Woche in der der KVB kontrolliert worden und letztlich von 5 Leuten – von KVB, Ordnungsamt und Polizei – umringt aus der Bahn begleitet worden. Sie, als auch die Werkstatt, hatten die Änderung aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mitbekommen. Die Person ist dementsprechend aufgrund ihrer Behinderung total in Panik geraten; ihr sei es sehr wichtig, immer alles ordnungsgemäß zu machen und in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen. Erst am Freitag der Vorwoche wurde sie problemlos kontrolliert, da war noch alles

ohne Beanstandung. Die Verunsicherung war entsprechend groß. Durch die große Anzahl von Kontrolleur\*innen hat sie sich extrem unter Druck gesetzt und ins Rampenlicht gerückt gefühlt. Sie habe auch versucht, ihre Lage zu erklären, sei aber kaum zu Wort gekommen.

Solche Schocksituationen gefährden nachhaltig die gesellschaftliche Eingliederung der betroffenen Menschen, sowohl auf dem Gebiet des Wohn- als auch des Arbeitssettings. Gerade besonders schutzbedürftige Menschen sind mit den schnellen Änderungen in Pandemiezeiten oftmals überfordert. Daher stellen sich folgende Fragen:

- 1. Wie stellt die Stadt sicher, auch die genannten Bevölkerungsgruppen bezüglich kurzfristiger Änderungen der Verordnungslage zu erreichen?**
- 2. Wie kann die Kommunikation verbessert werden, wenn anscheinend nicht mal die Träger (hier die Werkstatt für Menschen mit Behinderung) hinreichend schnell informiert werden?**
- 3. Wird das Personal bei KVB und Ordnungsamt für den Umgang mit Menschen mit kognitiven Einschränkungen geschult?**
- 4. Gibt es Möglichkeiten, in solchen Situationen differenzierter zu gewichten in Bezug auf den Impfstatus („falsch geimpft“ aufgrund früherer Regelungen vs. bewusst nicht geimpft/geboostert)?**

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.

## **7.2 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Brandschutzbedarfspläne"**

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass Brandschutzbedarfspläne alle fünf Jahre erneuert werden müssten.

Der letzte Brandschutzbedarfsplan sei im September 2016 beschlossen worden. Er erkundigt sich daher nach dem neuen Brandschutzbedarfsplan.

Frau Stadtdirektorin Blome antwortet, dass sich der Brandschutzbedarfsplan in der Finalisierung befinde. Nach der Vorstellung des Konzepts durch das Fachamt in der Verwaltung sei geplant, das Konzept den Fraktionen vorzustellen.

## **7.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Nachweise für eine Coronainfektion"**

MdR Görzel erkundigt sich aufgrund des Umstandes, dass künftig keine Corona-Fallmeldungen seitens des Gesundheitsamtes vorgenommen werden, welche Möglichkeit ein/e Arbeitnehmer\*in habe, eine Corona Infektion nachzuweisen.

Frau Stadtdirektorin Blome antwortet, dass es bei Indexfällen die Möglichkeit gebe, mittels eines positiven PCR Tests den Nachweis zu erbringen. Ebenso bei Kontaktpersonen von Haushaltsangehörigen, die mit Hilfe des Wohnsitzes den Nachweis erbringen könnten. Besonders schwierig sei es bei den Kontaktpersonen außerhalb des Haushaltes. Darüber werde im kommenden Krisenstab diskutiert. Eine Möglichkeit sei eine Hotline zu schalten, welche in Einzelfällen Verfügungen ausstellen könne, wenn diese benötigt werden.

## **7.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Razzia in Kölner Shisha-Bars"**

MdR Cremer erkundigt sich nach den Razzien, die vergangenen Samstag, 22.01.2022, in Kölner Shisha-Bars stattgefunden haben. Er bittet um einen Bericht zur nächsten AVR Sitzung, in dem die festgestellten Verstöße dargelegt werden sollten.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfrage im Nachgang zu.

## **8 Anträge**

### **8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion betreffend "Bewerbung Förderbaustein 3 - Kommunales Integrationsmanagement NRW (KIM)" AN/0197/2022**

MdR Richter erläutert die Dringlichkeit und teilt mit, dass aufgrund der im Rat beschlossenen Beteiligung an dem Kommunalen Integrationsmanagement die Bewerbung für den Förderbaustein 3 erfolgen solle. Dies bedeute, dass Kommunen Fördermittel abrufen können, die zur Unterstützung der Personalkosten und bei Personalzusetzungen im Ausländeramt helfen können.

MdR Spehl begrüßt die Chance, dieses Förderprogramm der Landesregierung zu nutzen, und bittet um die Zustimmung für diesen Antrag.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass dem Antrag zugestimmt werde. Die Probleme, die im Ausländeramt derzeit herrschen würden, seien durch diese spezifischen Fördermittel nicht zu lösen. Die Fördermittel seien nur für die Stellen vorgesehen, bei denen es sich um Fälle des ständigen Aufenthaltes beziehungsweise eine Einbürgerung handle. Es sei richtig, diese Stellen zu stärken, dennoch sei dies nur ein kleiner Bereich.

MdR Tokyürek teilt mit, ebenfalls dem Antrag zuzustimmen. Jedoch werde das Förderprogramm das Problem im Ausländeramt und den Personalmangel nicht beheben.

MdR Görzel teilt mit, dem Antrag zuzustimmen. Er betont, dass es sich dabei um einen kaum spürbaren Lösungsansatz handle.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **9 Platzvergaben**

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zu Sachverständigen für seniorenpolitische Fragen in den Bezirksvertretungen 3260/2021**

#### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt auf Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik vom 08.10.2021 folgende Ergänzung des § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung (Ergänzung unterstrichen):

*4) Die SVK-Stadtkonferenz kann Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt,*

*Stadtentwicklung, Jugend, Schule und Weiterbildung, Bauen, Wohnen, Anregungen und Beschwerden, Digitalisierung, Wirtschaft, Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellung zuständigen Fachausschüssen vorschlagen. Hierfür schlägt die SVK-Stadtkonferenz aus ihrer Mitte je ein Mitglied und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter für den Verhinderungsfall vor. Auf Vorschlag der SVK-Stadtkonferenz wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO in die Ausschüsse. Die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken wählen jeweils eine Person als Sachverständige für seniorenpolitische Fragen in der Bezirksvertretung. Für den Verhinderungsfall wird für diese Personen jeweils eine Stellvertretung gewählt.*

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung eines Datenerfassungssystems im Kölner Rettungsdienst und Abschluss eines Fünf-Jahres Rahmenliefervertrages  
3346/2021**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat erkennt den dargestellten Bedarf zur Neubeschaffung von 165 Tablet-Systemen zur Datenerfassung im Kölner Rettungsdienst in Höhe von 2.441.880 € innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren an.
2. Der Rat stimmt dem Abschluss eines fünfjährigen Rahmenliefervertrages zur Deckung des vorgenannten Bedarfs zu.
3. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.186.430 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0400, Mobidat. Die Finanzierung der investiven Beschaffungen i. H. v. 1.186.430 €, welche ursprünglich in 2021 vorgesehen waren, erfolgt im Rahmen von Umschichtungen aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0212, Haushaltsjahr 2022.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Externe Unterstützung für den Aufbau eines Innovationsbüros  
3616/2021**

MdR Richter erkundigt sich zu dem Übergang der Verwaltungsreform in das neue Innovationsbüro.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass der Vorlage nicht zugestimmt werden könne. Es sei sicherlich sinnvoll, ein Innovationsbüro einzurichten. Allerdings seien die Kosten für ex-

terne Beratung nicht nachvollziehbar. Es sei davon auszugehen, dass nach fünf Jahren deutlich weniger externe Beratung in Anspruch genommen werden müsse.

MdR Tokyürek teilt mit, sich dem Vorredner anschließen zu wollen. Es könne nicht nachvollzogen werden, warum im Bereich der Verwaltungsreform nicht auf vorhandene Mitarbeiter und deren Erfahrung zurückgegriffen werden könne

MdR Görzel teilt mit, ebenfalls nicht zustimmen zu können.

Herr Dr. Heinz erläutert, dass sich die Evaluation der Reform derzeit in der Schlussphase befinde. Die ersten Innovationsworkshops würden sehr klar zeigen, dass es ein positives Votum gebe. Es müsse eine spezialisierte Stelle geben, die das Thema Innovation, Methodenentwicklung, Implementierung in die allgemeine Verwaltung weiterhin fördert. Dies sei der Kern dieser Aufgabe. Es werden mit dieser Reform bestimmte Standardaufgaben wegfallen wie das Programm und Projektmanagement und die Steuerung. Wieder andere Aufgaben werden hochgefahren werden müssen wie zum Beispiel der Laboransatz im Servicedesign. Viele Großunternehmen hätten ein Servicedesignlabor, in dem Fragestellungen in einer hochspezialisierten und auf eine wirksame und effiziente Weise behandelt werden können, um schnell und agil zu einer Lösung zu kommen. Eine Stelle sei derzeit mit zwei kompetenten Personen belegt und es werde nachgeschult. Dennoch sei es notwendig, externes Knowhow einfließen zu lassen, damit die eigenen Mitarbeiter\*innen marktfähig beraten können. Erfahrungen zeigten, dass interne Dienstleister nicht genutzt werden, und dies sei auf Dauer ineffizient. Das Verständnis für die Frage und den Blick auf die hohe Summe sei da. Das Geld werde benötigt für zwei Jahre wobei 80 Prozent in die direkte Arbeit einfließen würden. Dadurch sollen die eigenen Mitarbeiter zu Unternehmensberatern werden und somit marktfähige Beratung leisten können und die Innovation weiter fördern. Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschuss solle formal nochmal neu aufgearbeitet werden, um künftige Missverständnisse wegen Begrifflichkeiten zu vermeiden.

Der Vorsitzende lässt über den Beschluss abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales erkennt den Bedarf für die Konzeption und die Umsetzung eines Innovationsbüros in Höhe von insgesamt 1.428.000 EUR (jeweils 714.000 EUR in 2022 und 2023) an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Leistungen.

Die Auftragsvergabe erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke zugestimmt.

#### **10.4 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2022 3815/2021**

#### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für das Jahr 2022 die in der Anlage dargestellte Verteilung des

„Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 671.055 € brutto für das Haushaltsjahr 2022.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 671.055 € brutto wurden im Haushaltsplan 2022 ff. im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Zusätzlich wird ein Anteil von 200.000 € in der Bewirtschaftung von der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umgebucht und dort entsprechend bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Abbruch Bezirksrathaus Rodenkirchen, Hauptstraße 85, 50996 Köln  
3890/2021**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Abbruch des Bestandsgebäudes des Bezirksrathauses Rodenkirchen sowie der Außenanlagen im Planungsgebiet des projektierten Neubaus, Hauptstraße 85, 50996 Köln. Das Gebäude befindet sich im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die Finanzierung der Abbruchmaßnahme, als Teil der gesamten Baumaßnahme, erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung wird nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Bezirksrathauses über den städtischen Haushalt über Mietzahlungen auf der Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises für Verwaltungsgebäude erfolgen.

Der Kostenrahmen für die Abbruchmaßnahme ist nach derzeitigem Kenntnisstand auf rund 5,1 Mio. Euro brutto beziffert. Zudem wird ein Risikozuschlag in Höhe von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtgrobkostenschätzung veranschlagt. Dies entspricht einem Betrag von rund 1,3 Mio. Euro brutto. Die Gesamtgrobkostenschätzung der Abbruchmaßnahme beträgt demnach rund 6,4 Mio. Euro brutto.

Die aus dem Gesamtprojekt (Abbruch und Neubau) resultierende jährliche Haushaltsbelastung (Mietbelastung) wird die Verwaltung im Rahmen des Baubeschlusses für den Neubau des Bezirksrathauses darstellen.

Dies erfolgt auf Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen (zum Beispiel Instandhaltungsansatz gemäß Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln  
4354/2021**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Verfassungsbeschwerde GFG  
4168/2021**

**Beschluss:**

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, sich an einer gemeinsamen Verfassungsbeschwerde einzelner Städte gegen das noch zu verabschiedende Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 zu beteiligen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln  
3095/2021**

**Beschluss:**

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums  
3926/2021**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums zum 1.3.2022 beim Amt für Schulentwicklung und beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes und mit der Umsetzung der in der Begründung dargelegten Ansätze und Zielvorstellungen
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Sachaufwandsbudget für den Betrieb des Medienzentrums ab dem 01.03.2022 100.000 € p.a. beträgt.  
Für das Jahr 2022 erfolgt die Finanzierung i. H. v. rd. 83.000 € anteilig aus den für die „Internetstadt Köln“ im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen veranschlagten Mitteln in Höhe von rd. 45.000 €. Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 38.000 € können in 2022 durch voraussichtliche Wenigeraufwendungen im

Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen kompensiert werden.

Ab 2023 erfolgt die Finanzierung von rd. 100.000 € p. a. durch haushaltsneutrale Umschichtung innerhalb des Budgets von Dezernat IV. Dezernat IV wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel ggf. durch Umschichtungen vorsehen.

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die erforderlichen Maßnahmen zur Stellan- ausstattung des kommunalen Medienzentrums verwaltungsintern im Rahmen des Stellenplanverfahrens geregelt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

Gez. Bernd Petelkau

(Vorsitzender)

Gez. Anja Siemon°

(Schriftführerin)